09.000108 (11/360)
Reg. 01/-00

Interfraktionelles Postulat BDP/CVP, GLP (Kurt Hirsbrunner, BDP/Michael Köpfli, GLP) vom 12. März 2009: Änderungen im Reglement über die Boden- und Wohnbaupolitik der Stadt Bern (Fondsreglement; FRBW); Fristverlängerung

In der Stadtratssitzung vom 3. September 2009 wurde der folgende, ursprünglich als Motion eingereichte Vorstoss in ein Postulat umgewandelt und als solches erheblich erklärt.

Ausgangslage
In nächster Zeit steht die Wahl der sieben vom Stadtrat gewählten Mitglieder der Betriebskommission des Fonds für die Boden- und Wohnbaupolitik an (vgl. Art. 7 Abs. 1). Aus aktuellem Anlass und aufgrund der Bekanntgabe der geplanten Sitzverteilung in dieser Betriebskommission auf die Stadtratsparteien, haben sich die Motionäre mit dem Reglement über die Boden- und Wohnbaupolitik näher befasst.

Feststellungen
Im Reglement sind keine Regelungen bezüglich der Zuteilung der Sitze in die Betriebskommission auf die Stadtratsparteien zu finden. Auch eine Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder ist nicht festgeschrieben.
Somit werden diese Sitze jeweils mit einem nicht verbindlichen Verteilschlüssel vergeben. Der aktuell geplante führt dazu, dass die politischen Kräfteverhältnisse im Rat überhaupt nicht abgebildet werden und wir werden den Verdacht nicht los, dass der Verteilschlüssel einfach so gewählt wird, dass alle Mitglieder das Amt eine weitere Amtsdauer ausüben können, da ja auch keine zeitliche Beschränkung festgelegt ist. Dieses Vorgehen ist weder transparent noch korrekt.
Die Ziele, welche die Betriebskommission zu erfüllen hat, sind hoch gesteckt und für die Bevölkerung der Stadt Bern von grosser Tragweite und Bedeutung. Daraus ergeben sich auch verantwortungsvolle Aufgaben, die zum Wohl der Stadtbernerinnen und Stadtberner erfüllt werden müssen. Dies wiederum setzt voraus, dass eine Betriebskommission so zusammengestellt wird, dass die politischen Kräfteverhältnisse des Stadtrats möglichst repräsentativ abgebildet werden.
Eine Betriebskommission mit verantwortungsvollen Aufgaben und enormen Kompetenzen braucht zudem hin und wieder eine Blutauffrischung, damit die „blinden Flecken“ nicht zu gross werden.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt
1. Im Reglement einen Artikel aufzunehmen, welcher detailliert beschreibt, nach welchen Kriterien und nach welchem Verteilschlüssel die sieben vom Stadtrat zu wählenden Mitglieder der Betriebskommission für die Wahl zu nominieren sind, damit die Kräfteverhältnisse im Stadtrat möglichst repräsentativ in diesem Gremium abgebildet sind
2. Im Reglement einen Artikel aufzunehmen, welcher die Amtszeit der sieben vom Stadtrat zu wählenden Mitglieder der Betriebskommission regelt und dies dem Stadtrat zur Genehmigung vorzulegen.

Bern, 12. März 2009

Interfraktionelle Motion Fraktion BDP/CVP, GLP (Kurt Hirsbrunner, BDP/Michael Köpfli, GLP): Thomas Begert, Martin Schneider, Vania Kohli, Claudia Meier, Vinzenz Bartlome, Béatrice Wertli, Edith Leibundgut, Kathrin Bertschy, Claude Grosjean, Henri-Charles Beuchat, Jan Flückiger

In der Sitzung vom 17. Februar 2011 verlängerte der Stadtrat die Frist zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 1. Dezember 2011.

Bericht des Gemeinderats

In seinen bisherigen Antworten auf den Vorstoss argumentierte der Gemeinderat jeweils, dass sich mit der Zusammenführung von Stadtbauten Bern (StaBe) und Liegenschaftsverwaltung (LV) unter dem Projektnamen Zukünftiges Immobilienmanagement Stadt Bern (ZIMBE) auch eine Überprüfung des Reglements vom 20. Mai 1984 über die Boden- und Wohnbaupolitik (Fondsreglement; FRBW; SSSB 854.1) anbieten könnte.

Die Arbeiten zum Projekt ZIMBE sind seit der mit SRB 046 am 17. Februar 2011 beschlossenen Fristverlängerung weiter fortgeschritten, jedoch noch nicht an einem Punkt, an dem sich Auswirkungen auf das Fondsreglement abzeichnen würden. (In der stadträtlichen Diskussion wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass aus Effizienzgründen eine vom Projekt ZIMBE losgelöste Volksabstimmung zur Änderung des Fondsreglements aber als nicht sehr sinnvoll und für den angestrebten Zweck auch als unverhältnismässig zu betrachten wäre.) Der Gemeinderat ist nach wie vor der Meinung, dass der eventuell aus dem Projekt ZIMBE aufgezeigte Änderungsbedarf für das Fondsreglement mit sämtlichen übrigen Revisionsanliegen zu koordinieren ist, um mehrere Volksabstimmungen zu vermeiden. Er beantragt dem Stadtrat daher eine neuerliche Fristverlängerung, wobei er den Stadtrat darauf hinweist, dass die gesamten Umsetzungsarbeiten für das Projekt ZIMBE wohl die kommenden anderthalb Jahre in Anspruch nehmen werden; mit dem Ziel der Rückführung der StaBe auf Januar 2014.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Interfraktionellen Postulat BDP/CVP, GLP (Kurt Hirsbrunner, BDP/Michael Köpfli, GLP) vom 12. März 2009: Änderungen im Reglement über die Boden- und Wohnbaupolitik der Stadt Bern (Fondsreglement; FRBW); Fristverlängerung

2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 30. Juni 2013 zu.

Bern, 9. November 2011

Der Gemeinderat